

Premier Rao - Der große Zauderer

von Frank Braßel

Merkwürdig ruhig ist es um die indische Innenpolitik geworden. Wer die europäische und asiatische Presse verfolgt, wird nur selten auf entsprechende Berichte stoßen. Das Narmada-Staudammprojekt hat Rao offensichtlich den Rang abgelaufen. Kein Wunder. Der indische Premier macht eher den Eindruck eines neutralen Beobachters und Vermittlers divergierender Kräfte denn eines entschlußfreudigen Regierungschefs. An den Problemlagen auf dem Subkontinent hat sich folglich in den vergangenen 18 Monaten seiner Amtszeit nicht viel geändert.

P.V. Narasimha Rao wäre 1991 nicht an die Macht gekommen, wenn Rajiv Gandhi zuvor nicht ermordet worden wäre. Die Kongreßpartei hätte dann vermutlich nicht einmal ihre jetzige relative Mehrheit erzielt. Rao wurde von seiner Partei erwählt, weil er erstens in seiner Figur die Geschichte des Unabhängigkeitskampfes als ein Moment der Kontinuität barg und zweitens sich als Kompromißkandidat ohne eigene starke Hausmacht - wie die Parteifürsten Sharad Pawar oder Arjun Singh - anbot. Als der schwächste Premier seit Geschichte der Unabhängigkeit wurde er von vielen Beobachtern zu Beginn seiner Amtszeit gesehen. Doch "Premierminister Rao gilt nach anfänglicher Skepsis nun geradezu als ein Glücksfall" zog FAZ-Korrespondent Erhard Haubold schon bald ein Fazit, das sich in der indischen Presse gleichfalls widerspiegelte. Ausschlaggebend für diese Wertung war Raos Versuch, eine Polarisierung mit der rechten Hindu-Partei 'Bharatiya Janatha Party' (BJP) wie auch mit oppositionell - also nicht 'Congress' - regierten Bundesstaaten zu vermeiden, die Wirtschaft zu liberalisieren und in der Außenpolitik neue Wege zu suchen.

Vom "Glücksfall" zum "Power Player"

Zu seinem einjährigen Amtsjubiläum mehrten sich die kritischen Stimmen. Der Amtsstil gefiel weiterhin. "Nach der unreifen Voreiligkeit Rajiv Gandhis, der Verworrenheit Singhs, der streitsüchtigen



Rao, der Zauderer (Foto: Sharad Saxena)

gen Dreistheit von Chandra Shekhar, legte Rao eine willkommene Portion menschlicher Reife an den Tag", kommentierte das Nachrichtenmagazin 'India Today' sein einjähriges Amtsjubiläum vor wenigen Monaten. Den verbalen Reformversprechen fehlte allerdings die Umsetzung, wenn man im außenpolitischen Bereich von der diplomatischen Anerkennung Israels absah.

Auf die vieldiskutierte Wirtschaftspolitik der Rao-Regierung hatte sich mit dem größten Börsenskandal der indischen Geschichte ein Schatten gelegt. Die jahrealte Schmiergeldaffäre um den Bofors Waffendeal hat im März 1992 den Sturz von Außenminister Solanki nach sich gezogen, ohne damit ausgedungen zu sein. Keinerlei Lösung zeichnete sich im Konflikt um Kashmir ab,

wo bürgerkriegsähnliche Zustände unverändert weitergehen. Im anderen nördlichen Krisenstaat, dem Punjab, konstatierte Manoj Joshi in der in Delhi erscheinenden Wochenzeitschrift 'Mainstream' Mitte August den "alten Stil der Kongreßpartei", indem sie trotz eines kompletten Boykotts aller Sikh-Gruppen und einer Beteiligung von nur 28 Prozent die Wahlen im Februar 1992 durchzog (siehe dazu auch: 'Südasiens', 3/92). Das Resultat: eine Zwei-Drittel-"Mehrheit" für die Kongreßpartei, die allerdings die Entfremdung der Sikh-Gemeinschaft gegenüber Delhi nur vergrößerte und dem Töten kein Ende zu bereiten wußte.

Die innerparteilichen Demokratisierungsansätze blieben gleichfalls auf halbem Wege stecken. Zwar führte die Kongreßpartei Ende 1991 zum ersten Mal nach zwei Jahrzehnten parteiinterne Wahlen durch, doch intervenierte Rao im Stile der Gandhi-Dynastie bei der Besetzung des geschäftsführenden 'Congress Working Committee', um den Aufstieg seiner Rivalen Pawar und Singh zu bremsen. Dem daraufhin verliehenen Titel eines "Power Player" ('India Today') konnte Rao wiederum nicht gerecht werden. Um innerparteiliche Konflikte zu vermeiden, ließ er die für April vorgesehene Besetzung des 'Congress Parliamentary Board', das für die Bestätigung aller Parteikandidaten für Parlamentswahlen bis hinunter auf die Bundesstaatenebene zuständig ist, genauso ruhen wie die Wahl der Führungsspitzen

der Jugend- und Studentenorganisationen der Kongreßpartei. Bis heute funktionieren all diese Gremien nur kommissarisch.

"Dithering Rao" - der große Zauderer

Vakant sind im übrigen auch viele Leitungsposten großer Staatsbetriebe und zahlreicher Ministerien - der Premier alleine besetzt nominell immer noch zehn Kabinettsränge -, die sich Rao offenbar zur Befriedung von kritischen Geistern in der eigenen Partei und des "Einkaufs" möglicher Dissidenten der Opposition zur Disposition halten will. Nur - wie lange noch? "Raos Problem ist, daß er auf zuviele Dinge sieht. Nicht nur auf die notwendigen zwei Seiten einer Sache, sondern auch auf eine dritte und vierte. Dann wartet er ab. Und wartet. Sehr geduldig. Er regt sich erst, wenn ein Problem lebensbedrohliche Proportionen angenommen hat", zog 'India Today' Mitte Oktober das vorerst letzte Fazit. Somit ist Raos öffentliches Image - das das Nachrichtenmagazin mit der Charakterisierung vom "zaudernden Rao" treffend festschrieb - wieder bei seiner Ausgangssituation angelangt. Und Gleiches läßt sich für die Lösung der realen Probleme auf dem Subkontinent sagen.

Von Entschlußfreude kann bei Rao wahrlich keine Rede sein. Ein halbes Jahr dauerte es, eher er die von ihm eingeforderte Neuordnung der Regierungsführung unter dem 'Congress'-Ministerpräsidenten N.J. Reddy in seinem südindischen Heimatstaat Andhra Pradesh vornahm. Im benachbarten Karnataka wurde der ebenfalls vom 'Congress' gestellte Regierungschef Bangarappa offen der Korruption bezichtigt. Doch sein Rücktritt erfolgte - nachdem viel "schmutzige Wäsche gewaschen war" erst Mitte November. Nicht zuletzt waren es die Kräfte um Reddy und Bangarappa, die vor eineinhalb Jahren die Wahl Raos zum Premier gegen Sharad Pawar möglich gemacht hatten. Krisen gibt es auch in den beiden anderen südlichen Bundesstaaten Kerala und Tamil Nadu, wo die dort allein oder in Koalition mit anderen Parteien regierende 'Congress-Party' wankt.

"Manmohanomics" - Kein Ausweg aus der Wirtschaftskrise

Ein dynamisches Bild hatte die Rao-Regierung von Beginn an nur in Wirtschaftsfragen an den Tag gelegt, wo unter Finanzminister Dr. Manmohan Singh eine Politik der Liberalisierung und Entstaatlichung dem "indischen Weg zum Sozialismus" mit Wirtschaftsplanung, einem starkem staatlichen Sektor und restriktiver Auslandsinvestitionsgesetzge-

bung ein Ende bereitet werden sollte (siehe dazu auch: 'Südasiens', 6-7/91). Die Weltbank forderte dies seit langem, und Rao und Singh brauchten bei ihrem Amtsantritt dringend neue Finanzspritzen, um den Staatsbankrott zu vermeiden. Milliardenkredite haben sie inzwischen erhalten. Und Michel Camdessus, Chef des Internationalen Währungsfonds, vermeldete im September 1992 einen "bemerkenswerten Fortschritt" der Wirtschaftsreformen bei seinem Besuch in Neu Delhi. Der meßbarste Fortschritt - neben einer von Singh durchgesetzten Minderung der Kontrolle für einheimische Großbetriebe und ausländischer Industrie- und Börseninvestitionen - dürfte sein, daß Indien sich mit offiziell 74 Milliarden US-Dollar auf den dritten Rang der höchstverschuldeten Staaten dieser Erde vorgeschoben hat. Allein für die Jahre 1991-96 stehen Rückzahlungsverpflichtungen von 47,2 Milliarden ins Haus. Woher diese Summe angesichts des für 1992/93 auf 6 Milliarden US-Dollar geschätzten Handelsbilanzdefizits, das sich dank Abwertung der Rupie, Marktöffnung und industrieller Stagnation zügig vergrößert, kommen soll, bleibt unklar. Indische Kommentatoren malen bereits lateinamerikanische Krisenszenarien für den Subkontinent aus. Neuverschuldung - wobei circa 20 Milliarden an Kreditzusagen nicht einmal abgerufen worden sein sollen - und Umschuldungsverhandlungen erscheinen unumgänglich.

Das wird sich in jedem Fall in weiteren Belastungen für die große Masse der InderInnen ausdrücken. Die Weltbank hat von der indischen Regierung verlangt, das Finanzdefizit auf 5 Prozent des Bruttosozialprodukts zu drücken. Singh setzt hierbei nicht etwa bei einer Entschlackung des Militär- und Bürokratieapparates an, sondern kürzt - und das nicht einmal sonderlich konsequent - die Subventionen für Dünger und hat im September - zum dritten Mal in zwei Jahren - die Preise für Erdölprodukte erhöht. Dieses Mal um 18 Prozent. Das wird die Inflationsspirale weiter anheizen, die die Regierung vorgibt, auf 8 Prozent gedrückt zu haben. Die in Bombay erscheinende Wochenzeitschrift 'Economic and Political Weekly' hat vorgerechnet, daß diese Angabe - unter Vorbehalt - nur für den Preis ab Großhandel gilt, während insbesondere die ärmeren Schichten Inflationsraten von 13 Prozent (für städtische IndustriearbeiterInnen) bis 21 Prozent (bei LandarbeiterInnen) ausgesetzt waren. Wohl gemerkt: Vor der letzten Preiserhöhung.

Die am heftigsten diskutierten Pläne der "Manmohanomics", eine massive Privatisierung und Stilllegung großer Staatsbetriebe, sind bislang nur wenig vorangekommen. Die Gewerkschaften

haben mit zwei großen und relativ erfolgreichen Generalstreiks ihren energischen Widerstand gegen diese "exit"-Politik deutlich gemacht. Ein Workshop des Internationalen Arbeitsamtes (ILO) und des UN Entwicklungsprogramms (UNDP) hat Ende 1991 in Delhi die Folgen einer umfassenden "Strukturreformpolitik" in Indien à la Weltbank und Manmohan Singh auf etwa 10 Millionen zusätzliche Arbeitslose allein für 1992-94 geschätzt. Dies könnte zu einem sozialen Sprengstoff werden, den sich die Minderheitsregierung unter Rao derzeit kaum erlauben kann, zumal auch die Liberalisierungsmaßnahmen und Engagements von IBM und Coca Cola der vergangenen 18 Monate die Industrieproduktion nur sehr zögerlich haben wachsen lassen.

Hindufundamentalismus: Von Ayodhya ...

Je krisenhafter die Entwicklung, je weniger überzeugende Konzepte für die Bevölkerungsmehrheit entwickelt werden, desto größer die Chance für die Kräfte eines politischen "Hindufundamentalismus", für dessen Abwehr Premier Rao bislang keinerlei überzeugende Initiative ergriffen hat. Eher noch hat seine Zögerlichkeit die sich in schwierigem politischen Fahrwasser befindliche BJP weiter den Ton bestimmen lassen. Seit den 1991-er Wahlen ist die BJP stärkste Oppositionspartei in Delhi, gleichzeitig aber Regierungspartei u.a. im wichtigen nordindischen Bundesstaat Uttar Pradesh, wo sich der Ort Ayodhya befindet. Dort kristallisiert sich der in den vergangenen Jahren oft blutig getragene Konflikt um die Moschee Babri Masjid, die 1528 unter dem damaligen moslemischen Herrscher Indiens, Babar, am vermeintlichen Geburtsort des Hindu-Gottes Ram errichtet worden sein soll. Viele Hindus behaupten, bei den damaligen Baumaßnahmen sei auch ein hinduistischer Tempel zerstört worden.

Die Ausgangsfrage ist absurd und belanglos, aber die Rao-Regierung ließ sich darauf ein, um im Sommer eine direkte Konfrontation mit der BJP und den heiligen Männern in der hindu-fundamentalistischen Vereinigung 'Vishwa Hindu Parishad' (VHP) vermeiden und einen dreimonatigen Waffenstillstand erkaufen zu können. Historische Dokumente und Ausgrabungsstücke sollen in dieser Zeit erneut auf den Realitätsgehalt dieses Konflikts überprüft werden. Wobei die VHP von vornherein klargemacht hat, daß nur ein Urteil in ihrem Sinne für sie akzeptabel wäre. Anfang Dezember kam es zu erneuten Gewalttätigkeiten durch rechtserthodoxe Hindus, die dabei trotz großen Polizeiaufgebots die Moschee stürmten und zerstörten.

Die BJP-Regierung in Uttar Pradesh hatte in den vergangenen Monaten bereits zugelassen, daß zahlreiche Hindu-Heiligtümer im Umkreis der Moschee zerstört werden, um ein Aufmarsch- und Aufbaugesamt für den neuen Hindutempel, den VHP und BJP anstelle der Babri Masjid Moschee errichten wollen, zu schaffen. Das verstößt klar gegen die geltende Rechtsprechung. Die linke Opposition hatte Rao aufgefordert, die BJP Landesregierung deshalb aufzulösen. Er wollte aber offenbar die Schaffung neuer Märtyrer vermeiden und wußte zudem, daß seine Kongreßpartei in ihren ehemaligen nordindischen Hochburgen noch nicht wieder Schritt gefaßt und bei Neuwahlen kaum Chancen hätte.

Politischer Spielball

So bleibt der Ayodhya-Konflikt ein politischer Spielball, als der er immer wieder seit 1986 auch von der Kongreßpartei eingesetzt worden ist. Der BJP ist ein ständiges Thematisieren des Konflikts - ohne endgültige Entscheidung - willkommen. So kann sie ihr Gesellschaftsbild an diesem einen Punkt exemplifizieren: Das originär hinduistische Indien - die Adivasien und Buddhisten werden ignoriert - unterliegen der Gefahr einer Unterdrückung durch die moslemische Minderheit, wie es sich vor bald 500 Jahren unter der Mogulherrschaft abgespielt habe. Heute würden erneut die Moslems die Hindus um Einfluß, Arbeit und Gottesplätze bringen wollen und dabei noch von den "Pseudo-Säkuralisten" der Kongreßpartei und der linken Opposition unterstützt. Die BJP tritt dabei für klare Lösungen ein: Zerstörung der Babri Masjid-Moschee und Errichtung eines sogenannten Ram-Tempels. Diesen könnten freilich die Moslems dann auch gerne betreten. Voraussetzung ist allerdings, daß sie ihre Religion ablegen und Hindu-Gottheiten anbeten. Sollte Rao oder eine nachfolgende Regierung diesen Wünschen nachgeben, wird der Fundamentalismus - auf bei-

den Seiten - neue Nahrung erhalten. Die BJP hat sich bereits Moscheen in Mathura und Varanasi als nächste Zielobjekte auserkoren.

... zur "Lebensraum"-Politik?

Inzwischen eröffnet sich der BJP ein zusätzliches, stärker gegenwartsbezogenes Aktionsfeld: die Einwanderung aus Bangladesh. Niemand kennt genaue Zahlen, doch dürften mehrere hunderttausend - meist moslemische - Bangladeshis in den Grenzgebieten zwischen den beiden Staaten, aber auch in den Slums der Großstädte leben. Zum Teil basiert diese Wanderungsbewegung auf alten familiären und sonstigen soziokulturellen Beziehungen, insbesondere zum indischen Bundesstaat West-Bengalen. Andererseits ist der Armutsdruck in Bangladesh stark, so daß viele Menschen auf der Suche nach Arbeit und Überleben die Grenze, die erst mit Ende des britischen Kolonialreiches 1947 gezogen wurde, überqueren.

In eine breitere Öffentlichkeit gebracht hat das Thema der der Kongreßpartei angehörende Ministerpräsident des nordostindischen Bundesstaates Assam

im April 1992, als er von zwei bis drei Millionen illegalen Einwanderern seit 1987 nach Assam sprach. Später nahm er unter Druck seiner Bündnispartner diese Aussage teilweise zurück, doch versucht die Kongreßpartei, das Thema hochzukochen. So entschloß sich die Rao-Regierung, was ihr bei Aktionen gegen BJP u.ä. so schwer fällt, zu einer spektakulären Maßnahme: Im September wurden 132 Bangladeshis aus Delhi abgeschoben.

Die Kongreßpartei scheint hier, wie schon zu Beginn des Punjab-Konflikts oder der Auseinandersetzung um Ayodhya, auf die "kommunalistische" Karte zu setzen. Wie in diesen beiden Fällen - oder wie im deutschen Asylstreit - zieht die Wählerschaft das Original der Kopie vor, werden in erster Linie die lupenreinen "Kommunalisten" der BJP davon profitieren. Deren Parteivorsitzende in West-Bengalen sieht "eine große Zukunft" für die BJP sowohl in dieser kommunistischen Hochburg als auch landesweit im Propagandakampf gegen die Immigranten voraus, die von der BJP, soweit sie moslemischen Glaubens sind, als "Infiltratoren" bezeichnet werden, und als "Flüchtlinge", wenn sie



So sieht das indische Nachrichtenmagazin 'India Today' die Gefahren für die Legislative, Exekutive und Judikative, die durch hindu-fundamentalistische und rassistische Parteien wie BJP, VHP oder RSS heraufbeschworen werden.



Indische Grenzschützer an der Grenze zwischen Indien und Bangladesch (Foto: Frontline)

hinduistischen Glaubens sind.

Jüngstens unterstellte die BJP einigen Führern in Bangladesch, sie würden gezielt die illegale Wanderungsbewegung unterstützen, um eine moslemische "Lebensraum"-Politik - dieses Wort fungiert im indischen Englisch unübersetzt - im indischen Nordosten zu forcieren. Diese Behauptung war vollständig aus der Luft gegriffen und weist eher auf eine der ideologischen Wurzeln der indischen "Hindufundamentalisten": Die Hindus als "Volk ohne Raum", der ihnen von den Moslems streitig gemacht wird. Moslemische Armutsmigranten aus Bangladesch bieten die idealen Sündenböcke, auf die jedermann einschlagen darf. Im wahrsten Sinne des Wortes. Und Rao wartet ab oder versucht gar, sich in das Spiel mit dem Feuer einzuklinken.

Menschenrechte

Das Horrorszenerario von religiös verbrämter, politisch instrumentalisierter Massengewalt in der multikulturellen Gesellschaft Indiens wird zunehmend Realität. Von den Grundfesten der Idee der Menschenrechte hat die indische Regierung und Elite seit langem Abstand genommen. Die Ellenbogengesellschaft verwehrt gut der Hälfte der Bevölkerung die grundlegenden sozialen und wirtschaftlichen Rechte. Wer in die Fänge von Polizei und Justiz gerät, scheint außerhalb von Bürgerrechten und Verfassung zu stehen. Die Veröffentlichungen von Amnesty in jüngster Zeit hierzu

haben diesbezüglich auch in Indien viel Aufsehen erregt (siehe dazu auch: Süd-asien 3-7/92). Immerhin da, könnte man meinen, hat Rao zügig reagiert. Er mußte - erstmals öffentlich für einen indischen Regierungschef - zugeben, daß Folter in den Gefängnissen vorkommt und Polizei und Militärs im Bürgerkriegsgebiet Kaschmirs durchaus schon einmal etwas zu weit gingen. Als Antwort auf die Vorwürfe hat er im September die Einrichtung einer staatlichen Menschenrechtskommission angekündigt (siehe auch Beitrag in dieser Ausgabe).

Viele Beobachter halten diesen Vorschlag für reine Kosmetik, und wer die Haltung der Rao-Regierung zu einigen zentralen Brennpunkten im Land betrachtet, kann nur versucht sein, dem zuzustimmen. In der Auseinandersetzung um den Narmada-Staudamm versucht die Regierung in Kooperation mit der Weltbank, weiterhin den Protest der Betroffenen mit Gewalt zu unterdrücken. Im Industriegebiet von Chattisgarh (Madhya Pradesh) ist der Mord des legendären Arbeiterführers Shankar Guha Nyogi nach mehr als einem Jahr noch immer ungesühnt, bei Demonstrationen in der Regionhauptstadt Bhilai am 1. Juli 1992 wurden 16 Personen erschossen, die Führerschaft des 'Chattisgarh Mukti Morcha' ist seitdem aus Sicherheitsgründen quasi in den Untergrund abgetaucht.

Ein Bericht der US-amerikanischen Menschenrechtsorganisation 'Asia Watch' ("Police killings an rural violence in Andhra Pradesh", September 1992) hat die Repression im ländlichen

Bereich von Andhra Pradesh in dramatischer Weise beleuchtet. Hier werden seit Jahren unter dem Vorwand des Kampfes gegen die naxalitische Guerilla der 'People's War Group' (PWG) gezielt Landarbeiterführer, kritische Journalisten und Menschenrechtsaktivisten vom Staatsapparat (und den Großgrundbesitzern) eingeschüchtert, inhaftiert oder ermordet. Die Rao-Regierung hat diese Situation sogar noch verschärft, indem sie im Mai ein Verbot gegen die PWG und einige vermeintlich mit ihr verbündete legale Gruppen aussprach. Die PWG, die sich in ihrer Brutalität oft nicht vom Staatsapparat unterscheidet, agierte seit Jahren ausschließlich im Untergrund. "Die Verbotsverfügung macht, für die Gruppe selbst, keinen Unterschied. Wenn die Regierung aber trotzdem das Verbot ausgesprochen hat, bleibt die Frage, gegen was und wen richtet es sich?" fragt die Menschenrechtsorganisation 'People's Union for Democratic Rights' aus Delhi. Aus dem Bericht von 'Asia Watch' ergeben sich einige Antworten: Bis Anfang August wurden mehr als 1.000 Menschen in Andhra Pradesh aufgrund der Verbotsverfügung festgenommen. Berichte über Menschenrechtsverletzungen in den ländlichen Regionen durch unabhängige Gruppen oder die Presse können nun als Unterstützung für eine verbotene Vereinigung gewertet werden. Also ist Rao, der selbst aus Andhra Pradesh stammt, doch nicht immer der große Zauderer? Es kommt wohl auf die Gegner an.